

Bonus-Zoff

Anwälte werfen Commerzbank Scheinheiligkeit vor

Von *Anne Seith*, Frankfurt am Main



dpa

Anwälte vor dem Frankfurter Arbeitsgericht: Die Investmentbanker in der Kantine versteckt

Es geht um insgesamt zwei Millionen Euro: Das Frankfurter Arbeitsgericht hat die Bonus-Klagen von 13 Investmentbankern gegen die Commerzbank abgeschmettert, jetzt wollen die Anwälte Berufung einlegen. Sie kämpfen nicht nur für Gerechtigkeit, sondern um die Ehre ihrer Mandanten.

Sie warten lieber in der Kantine des Arbeitsgerichts, so hat es ihnen Anwalt Manuel Rhotert empfohlen. Als Investmentbanker, der von einer Art Staatsbank einen Bonus einklagt, sollte man sein Gesicht nicht unbedingt in der Öffentlichkeit eines Gerichtssaals zeigen oder gar Interviews geben, findet der Jurist. Die Fotos am kommenden Tag in der Zeitung seien bei der Jobsuche wenig hilfreich, begründet er seinen Rat, er fürchtet "pauschalisierende" Schlagzeilen über die Ex-Mitarbeiter der Investmentbank Dresdner Kleinwort. Er geht deshalb allein hoch in den Gerichtssaal, um seine sechs Mandanten zu vertreten, die von der neuen Mutter der Dresdner Bank, der Commerzbank, ihre Boni für 2008 einklagen.

Jurist Peter Groll, der an diesem Tag ebenfalls zwei Investmentbanker vor Gericht vertritt, ärgert sich richtig über die Empörung der Öffentlichkeit über die Klage. "Es wurde eine Zusage gemacht", sagt Groll über die umstrittenen Vergütungen. Die Leistung dafür sei erbracht. Wenn diese Abmachung später einfach eingekassiert werde, weil es der Bank schlechter geht als erwartet, sei dies "das Ende des Rechtssystems", findet er. Und kündigt sofort Berufung an, als das Urteil gefallen ist. Auch Kollege Rhotert wird seinen Mandanten den Einspruch gegen das Urteil empfehlen.

Die Commerzbank hatte alle Leistungszulagen für 2008 nach der Übernahme der Dresdner Bank nachträglich um bis zu 90 Prozent gekürzt. "Pauschal", wie Commerzbank-Jurist Jochim Rosenthal vor Gericht offen eingesteht.

"Mit 40 hängen sie über dem Gartenzaun"

Die Begründung für die Entscheidung: Die desaströse Lage der Kleinwort sei noch nicht absehbar gewesen, als die Zusagen an die Investmentbanker gemacht wurden. Erst Ende Februar habe sich herausgestellt, dass die Dresdner Kleinwort ein Minus von mehr als sechs Milliarden Euro fabriziert hatte. Das Problem: Die Zahlungen waren von der Dresdner Bank als eine Art Halteprämien

versprochen worden, zu einer Zeit, als die Lage der Kleinwort bereits reichlich mies war. Bei der Dresdner ging die Angst um, dass das Fachpersonal der Investmentbank-Tochter angesichts der bitteren Zeiten reihenweise abgeworben würde. Dass die Bank reichlich Verluste anhäufen würde, war bekannt - mag auch die gesamte Höhe noch nicht klar gewesen sein.

Vor Gericht geht es an diesem Tag um Zahlungen, die am 19. Dezember in einem Brief in Aussicht gestellt wurden, also kurz vor Ende des Geschäftsjahres. Kleinwort hatte schon davor "Milliardenverluste gemacht", sagt Dieter Hein, Analyst bei Fairresearch.

In Großbritannien haben gegen die Kürzung deshalb schon mehr als 70 ehemalige Kleinwort-Mitarbeiter Klage eingereicht. Auch in Deutschland sind viele Ex-Mitarbeiter vor Gericht gezogen - wie viele genau, will die Commerzbank nicht sagen.

Die Klagen haben zu einem Sturm der Entrüstung geführt, den zumindest Anwalt Groll nicht versteht. Schließlich hätten die Investmentbanker einen klaren Deal: Sie verdienen gut, aber arbeiteten dafür auch wie die Verrückten. "Mit 40 hängen sie über dem Gartenzaun." So fantastisch, wie oft angenommen, seien die Bezüge deutscher Investmentbanker nicht, fügt Rhotert hinzu. Investmentbanker lebten größtenteils von ihren Boni. "Da geht es oft nicht nur darum, dass ein neuer Porsche gekauft werden kann." Im Verfahren am Mittwoch schwanken die Klageforderungen zwischen 29.166 Euro und 450.000 brutto. Insgesamt geht es um zwei Millionen Euro.

Stabilitätszahlungen seien "verkappte Boni"

Bei dem ersten Verfahren an diesem Mittwoch entschied nun das Gericht, dass die Commerzbank nicht an die Zusagen des Dresdner-Bank-Vorstands gebunden war. Bei der Bank gibt man sich hochofreut. "Wir begrüßen die Entscheidung, sie spiegelt unsere Grundhaltung zu dem Bonusthema wieder." Die Anwälte, die an diesem Tag vor Gericht streiten, finden dagegen, dass das nicht ganz richtig ist. Auch wenn sie es so direkt nicht sagen, werfen sie der Bank im Prinzip Scheinheiligkeit vor.

Denn auch die Commerzbank zahlt ihren Mitarbeitern wieder ein Extra zum normalen Gehalt. Weil das Geldinstitut, das mittlerweile zu 25 Prozent dem Staat gehört, rein rechtlich aber keine Boni zahlen darf, werden die Zahlung als "Stabilitätsprämien" bezeichnet. "Das sind verkappte Boni", sagt Jurist Groll. Und sein Kollege Rhotert fügt hinzu, dass zu seinen Mandanten auch Investmentbanker gehören, die noch bei der Commerzbank seien. "Die Stabilitätszahlungen haben genau die gleiche Höhe wie die Bonuszahlungen", sagt er. Allenfalls lägen sie zehn oder 20 Prozent unter dem bisherigen Niveau. Die Commerzbank macht keine Angaben über die Höhe der Stabilitätszahlungen.

Die Commerzbank hat im Prinzip das gleiche Problem wie 2008: Will sie Top-Personal behalten, muss sie vergleichbare Konditionen bieten wie Banken, die ohne Staatshilfe auskommen. Wenn es ganz dumm läuft und die Bank entgegen der Prognosen 2009 doch noch riesige Verluste schreibt, steht das Geldinstitut am Ende des Jahres sogar vor ähnlichen Problemen wie 2008: dass sie trotz roter Zahlen Zusatzleistungen auszahlen muss. Denn die Stabilitätszahlungen seien unabhängig vom Ertrag der Bank, sagt Commerzbank-Jurist Jochim Rosenthal am Mittwoch vor Gericht. Nur die Leistung der Banker selbst zähle. Und inwiefern die erbracht wurde, ist offensichtlich Interpretationssache.

Letztlich sei die ganze Bonus-Debatte hanebüchen, finden die Anwälte. Selbst wenn etwa die Bezüge eines Vorstands auf eine bestimmte Summe begrenzt würden, lasse sich über Ruhestandsregelungen und andere Extraleistungen einiges regeln.

<http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/0,1518,656502,00.html>